



**ENGELBERG**  
EINWOHNERGEMEINDE

Geschäft 7950

# Reglement über Gebühren und Entschädigungen

der Einwohnergemeinde Engelberg

vom 15. November 2006

<b>I.</b>	<b>Allgemeine Bestimmungen</b>	<b>3</b>
Art. 1	Grundsatz	3
Art. 2	Gebührenbemessung	3
Art. 3	Nicht hoheitliche Tätigkeiten	4
Art. 4	Gebührenpflichtige Person	4
Art. 5	Kostenbevorschussung	4
Art. 6	Verzicht	4
<b>II.</b>	<b>Allgemeine Gebühren</b>	<b>5</b>
Art. 7	Im Verwaltungsverfahren	5
Art. 8	Im Rechtsmittelverfahren	5
Art. 9	Planunterlagen	5
Art. 10	Schreibgebühren	5
Art. 11	Auskünfte, Akteneinsicht	5
Art. 12	Parteientschädigung	6
Art. 13	Mahngebühren	6
<b>III.</b>	<b>Besondere Gebühren</b>	<b>6</b>
Art. 14	Gebührenansätze	6
Art. 15	Gebührenfreie Amtshandlungen	7
<b>IV.</b>	<b>Gebühren im Vormundschaftswesen</b>	<b>7</b>
Art. 16 bis Art. 20		7
<b>V.</b>	<b>Gebührenbezug</b>	<b>8</b>
Art. 21	Bezug	8
Art. 22	Verzugszins	8
Art. 23	Verjährung	8
Art. 24	Kostenabschreibung	9
Art. 25	Vollstreckbarkeit	9
<b>VI.</b>	<b>Rechtsschutz</b>	<b>9</b>
Art. 26	Rechtsmittel	9
<b>VII.</b>	<b>Schlussbestimmungen</b>	<b>10</b>
Art. 27	Aufhebung bisherigen Rechts	10
Art. 28	Inkrafttreten	10

# Reglement über Gebühren und Entschädigungen der Einwohnergemeinde Engelberg

vom 15. November 2006

*Der Einwohnergemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 94 Ziff. 8 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968<sup>1</sup>, als Reglement:*

## I. *Allgemeine Bestimmungen*

### *Art. 1 Grundsatz*

<sup>1</sup> Dieses Reglement regelt die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen, für Verfügungen und Verfahrenskosten soweit nicht besondere eidgenössische, kantonale oder kommunale Vorschriften bestehen.

<sup>2</sup> Die Verfahrenskosten bestehen aus den Kanzlei- oder Schreibgebühren und der Rückvergütung von Auslagen.

<sup>3</sup> Auslagen sind Kosten, die der Behörde und der Verwaltung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erwachsen; dazu gehören insbesondere die Kosten für Beweiserhebungen (Augenscheine, Gutachten, Zeugengelder), Veröffentlichungen, Übersetzungen, Abklärungen, Tätigkeiten ausserhalb der Gemeinde, Porti und Telefongespräche. Kleine Auslagen sind in den Gebühren enthalten.

### *Art. 2 Gebührenbemessung*

<sup>1</sup> Die Gebühren bemessen sich nach den Grundsätzen der Rechtsgleichheit und der Äquivalenz.

<sup>2</sup> Innerhalb eines Gebührenrahmens bemessen sich die Gebühren nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand, der erforderlichen Sachkenntnis und der wirtschaftlichen Bedeutung des Geschäfts für die gebührenpflichtige Person.

<sup>3</sup> Die Gebühren bemessen sich zusätzlich nach dem massgeblichen Aufwand (Kostendeckungsprinzip).

---

<sup>1</sup> GDB 101

### *Art. 3 Nicht hoheitliche Tätigkeiten*

Für Leistungen, zu denen die Einwohnergemeinde gesetzlich nicht verpflichtet ist, können die Gebühren nach den Honoraransätzen der Berufsverbände oder privater Fachleute bemessen werden.

### *Art. 4 Gebührenpflichtige Person*

<sup>1</sup> Zur Zahlung der Gebühren und Auslagen ist verpflichtet, wer eine Amtshandlung zum eigenen Vorteil oder durch sein Verhalten veranlasst hat.

<sup>2</sup> Handeln mehrere Personen gemeinsam, so haften sie für Gebühren und Auslagen solidarisch, soweit keine andere Regelung besteht.

<sup>3</sup> Im Rechtsmittelverfahren ist gebührenpflichtig, wer unterliegt oder auf dessen Rechtsmittel nicht eingetreten wird.

<sup>4</sup> Der obsiegenden Partei können die Gebühren ganz oder teilweise überbunden werden, wenn sie die Voraussetzungen des Obsiegens erst im Rechtsmittelverfahren geschaffen hat.

### *Art. 5 Kostenbevorschussung*

<sup>1</sup> Wer eine Amtshandlung veranlassen will, kann zur Leistung eines angemessenen Kostenvorschusses verpflichtet werden, sofern nicht von Amtes wegen gehandelt werden muss.

<sup>2</sup> Der Kostenvorschuss ist innert gesetzter Frist zu leisten. Wird der Kostenvorschuss nicht fristgerecht und trotz Androhung des Rechtsnachteils nicht geleistet, so wird auf das Gesuch oder das Geschäft nicht eingetreten.

### *Art. 6 Verzicht*

Wenn die Umstände es rechtfertigen, kann der Einwohnergemeinderat auf die Erhebung von Gebühren und Verfahrenskosten ganz oder teilweise verzichten, namentlich wenn:

- a. die Amtshandlung nicht zum Abschluss gelangt;
- b. sich die kostenpflichtige Person in einer Notlage befindet oder die Bezahlung der Kosten für sie eine besondere Härte bedeuten würde. Wer wirtschaftliche Hilfe der öffentlichen Hand bezieht, ist in der Regel von der Gebührenpflicht befreit.

## II. *Allgemeine Gebühren*

### *Art. 7 Im Verwaltungsverfahren*

Für Verfügungen, Bewilligungen, Genehmigungen sowie für andere Verrichtungen in Verwaltungssachen werden unter dem Vorbehalt besonderer Ansätze Gebühren in der Höhe von CHF 50.00 bis CHF 1'000.00 bezogen.

### *Art. 8 Im Rechtsmittelverfahren*

Für Verfügungen und Entscheide im Beschwerde- und in andern Rechtsmittelverfahren sowie im Wiedererwägungsverfahren beträgt die Spruchgebühr CHF 50.00 bis CHF 1'000.00.

### *Art. 9 Planunterlagen*

Die Ausarbeitung von Planunterlagen kann nach Aufwand gemäss SIA-Tarif in Rechnung gestellt werden.

### *Art. 10 Schreibgebühren*

<sup>1</sup> Für die Ausfertigung von besonderen, nicht amtlich beglaubigten Schriftstücken, wie Verträgen, Bescheinigungen, für die Erstellung von Abschriften oder Auszügen betragen die Schreibgebühren für die Seite CHF 10.00.

<sup>2</sup> Für Originale, Durchschläge oder Kopien, welche der Gemeinderat im eigenen Interesse anfertigt bzw. anfertigen lässt, werden keine Schreibgebühren erhoben.

<sup>3</sup> Für die Protokollierung mündlicher Vorbringen werden CHF 50.00 je halbe Stunde Zeitaufwand berechnet.

### *Art. 11 Auskünfte, Akteneinsicht*

<sup>1</sup> Auskünfte und Akteneinsicht werden im üblichen Umfang kostenlos gewährt.

<sup>2</sup> Für die Gewährung von weitergehenden Auskünften kann eine Gebühr von CHF 10.00 bis CHF 100.00 erhoben werden. Bei zeitraubenden Nachforschungen kann ein Ansatz von CHF 50.00 je halbe Stunde verlangt werden.

## Art. 12 Parteientschädigung

<sup>1</sup> Im Rechtsmittelverfahren vor dem Einwohnergemeinderat ist der ganz oder teilweise obsiegenden Partei im Rahmen der Spruchgebühr nach Art. 8 eine angemessene Parteientschädigung als Vergütung für die Kosten der berufsmässigen Parteivertretung zuzusprechen, umfassend das Honorar und die Auslagen.

<sup>2</sup> Das Honorar entschädigt den Parteivertreter oder die Parteivertreterin für die Verrichtungen, die unmittelbar mit der Vertretung oder Verbeiständung der Partei im Verfahren vor der Behörde zusammenhängen, namentlich für die Instruktion, die Eingaben an die Behörde oder Amtsstelle, die Teilnahme an den Verhandlungen und die Abschriften von Eingaben oder Belegen für seinen bzw. ihren eigenen Bedarf. Für die Rechnungstellung kann keine Vergütung verlangt werden.

<sup>3</sup> Der Parteivertreter oder die Parteivertreterin hat Anspruch auf Ersatz der Barauslagen, Reiseauslagen gemäss der Spesenregelung für die kantonale Verwaltung.

<sup>4</sup> Die Entschädigung im Rahmen der unentgeltlichen Rechtspflege richtet sich nach der kantonalen Gebührenordnung für die Rechtspflege<sup>2</sup>.

<sup>5</sup> Das Rückforderungsrecht der Einwohnergemeinde gegen den Empfänger der unentgeltlichen Rechtspflege bleibt vorbehalten.

## Art. 13 Mahngebühren

Für die Mahnung von Gebührenbeträgen nach diesem Reglement werden zusätzlich mindestens CHF 30.00 bis maximal CHF 80.00 erhoben.

## III. Besondere Gebühren

### Art. 14 Gebührenansätze

<sup>1</sup> Für die folgenden Amtshandlungen gelten nachstehende Gebührenansätze:

- |    |   |                          |
|----|---|--------------------------|
| a. | Erbenbescheinigungen (Art. 559 ZGB / 86 EGzZGB <sup>3</sup> )<br>(LB V, 17)                                   | CHF 30.00 bis CHF 100.00 |
|    | zuzüglich Kosten und Spesen für die Beschaffung der Grundlagen und für die Adressnachforschung;               |                          |
| b. | Bestätigung der Gemeindebehörde für Besuchseinreise von Personen aus visumpflichtigen Staaten<br>(SR 142.211) | CHF 10.00 bis CHF 20.00  |

---

<sup>2</sup> GDB 134.15

<sup>3</sup> GDB 210.1

- |    |   |                          |
|----|---|--------------------------|
| c. | Eröffnung von letztwilligen Verfügungen<br>(Art. 557 Abs. 1 ZGB)  | CHF 50.00 bis CHF 100.00 |
|    | zuzüglich Kosten und Spesen für Adressnachforschungen<br>und Beschaffung von Familienscheinen                   |                          |
| d. | Protokollierung einer Erbausschlagung<br>(Art. 570 Abs. 2 ZGB / Art. 87 EGzZGB)                                 | CHF 50.00                |
| e. | Depotgebühr für jede Hinterlegung einer letztwilligen<br>Verfügung  | CHF 15.00                |
|    | (Art. 76 EGzZGB und Art. 18 Abs. 3 Beurkundungsverordnung <sup>4</sup> ),<br>inbegriffen Empfangsbescheinigung; |                          |

<sup>2</sup> Bei ausserordentlichem Aufwand für Amtshandlungen nach Art. 14 Abs. 1 kann die Gebühr angemessen erhöht werden.

#### *Art. 15 Gebührenfreie Amtshandlungen*

Folgende Amtshandlungen sind gebührenfrei:

- a. Ausarbeitung eines Unterhaltsvertrages gemäss Art. 287 ZGB<sup>5</sup>
- b. Auskünfte für die unentgeltliche Rechtspflege (Art. 100 Abs. 2 ZPO)
- c. Bewilligung für die Aufnahme eines Pflegekindes (Art. 1 ff. der Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern (SR 211.222.338))

#### **IV. Gebühren im Vormundtschaftswesen**

*Art. 16 bis Art. 20<sup>6</sup>*

---

<sup>4</sup> GDB 210.31

<sup>5</sup> geändert durch Nachtrag vom 17. Dezember 2014

<sup>6</sup> aufgehoben durch Nachtrag vom 17. Dezember 2014

## V. *Gebührenbezug*

### *Art. 21 Bezug*

<sup>1</sup> Die Gebühren und Verfahrenskosten sowie Auslagen werden von der Gemeindeverwaltung in Rechnung gestellt. Sie sind in der Ausfertigung der Verfügung oder des Entscheides zu vermerken.

<sup>2</sup> Gebühren und Verfahrenskosten werden mit der Amtshandlung fällig. Sie können sogleich gefordert und geleistet werden.

<sup>3</sup> Gebühren und Verfahrenskosten bei Verfügungen werden nach Eintritt ihrer Rechtskraft fällig.

<sup>4</sup> Wird eine Rechnung ausgestellt, so tritt die Fälligkeit mit der Zustellung der Rechnung ein.

<sup>5</sup> Wird die Rechnung innert 30 Tagen nicht beglichen, so ist die gebührenpflichtige Person zu mahnen. Ab zweiter Mahnung werden Mahnkosten in Rechnung gestellt.

<sup>6</sup> Werden Gebühren und Verfahrenskosten nach der zweiten Mahnung nicht bezahlt, so erfolgt die Betreuung der säumigen gebührenpflichtigen Person.

### *Art. 22 Verzugszins*

<sup>1</sup> Ab Zustellung der ersten Mahnung sind Gebühren und Verfahrenskosten zu verzinsen. Wird ein beschwerdefähiger Entscheid verlangt, eine Einsprache oder eine Beschwerde eingelegt, so hemmt dies den Zinsenlauf nicht.

<sup>2</sup> Der Verzugszins beträgt fünf Prozent pro Jahr. Auf die Erhebung eines Verzugszinses wird verzichtet, wenn dessen Betrag CHF 20.00 nicht übersteigt.

### *Art. 23 Verjährung*

<sup>1</sup> Das Recht, Gebühren und Verfahrenskosten zu erheben, verjährt fünf Jahre nach Beendigung der Amtshandlung, bei Stillstand oder Unterbrechung der Verjährung spätestens nach zehn Jahren.

<sup>2</sup> Das Recht, rechtskräftig festgesetzte Gebühren und Verfahrenskosten einzufordern, verjährt fünf Jahre nach Eintritt der Rechtskraft, bei Stillstand oder Unterbrechung spätestens nach zehn Jahren.

<sup>3</sup> Die Verjährung beginnt nicht oder steht still:

- a. wenn ein beschwerdefähiger Entscheid verlangt wird;
- b. während eines Einsprache- oder Beschwerdeverfahrens;

c. solange eine Gebührenforderung gestundet ist.

<sup>4</sup> Die Verjährung beginnt neu mit:

- a. jeder auf Feststellung der Gebührenforderung gerichteten Amtshandlung, die der gebührenpflichtigen Person zur Kenntnis gebracht wird;
- b. jeder Anerkennung der Gebührenforderung durch die gebührenpflichtige Person;
- c. der Einreichung eines Erlassgesuches.

#### *Art. 24 Kostenabschreibung*

Über die Abschreibung nicht einbringbarer Verfahrenskosten entscheidet die zuständige Departementleitung.

#### *Art. 25 Vollstreckbarkeit*

Die rechtskräftigen Verfügungen und Entscheide des Gemeinderates über die Verfahrenskosten sind vollstreckbaren Gerichtsurteilen gleichgestellt.<sup>7</sup>

### **VI. Rechtsschutz**

#### *Art. 26 Rechtsmittel*

<sup>1</sup> Gegen Kostenentscheide des Gemeinderates kann innert 20 Tagen ab Zustellung schriftlich und begründet beim Regierungsrat Beschwerde geführt werden.

<sup>2</sup> Wird gegen eine kostenpflichtige Amtshandlung Beschwerde geführt, so ist die Festsetzung der Kosten im gleichen Verfahren anzufechten.

---

<sup>7</sup> GDB 240.2

## **VII.** *Schlussbestimmungen*

### *Art. 27 Aufhebung bisherigen Rechts*

Das Gebührenreglement der Einwohnergemeinde vom 22. September 1993 wird aufgehoben.

### *Art. 28 Inkrafttreten*

Das vorliegende Gebührenreglement tritt nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist und nach Genehmigung durch den Regierungsrat am in Kraft.

Engelberg, 15. November 2006

### **Einwohnergemeinderat**

**sig. Martha Bächler**  
Trau Talamann

**sig. Heinrich Siegler**  
Gemeindeschreiber

Ablauf der Referendumsfrist

Die Referendumsfrist vom 28. März 2007 bis am 30. April 2007 ist unbenutzt abgelaufen.

Engelberg, 1. Mai 2007

**Gemeindekanzlei**

**sig. Roman Schleiss**

Gemeindeschreiber

Genehmigungsvermerk des Regierungsrates

Vom Regierungsrat, soweit an ihm, heute genehmigt.

Sarnen, 12. Juni 2007

**Im Namen des Regierungsrates**

**sig. Urs Wallimann**

Landschreiber